

(Vizepräsident Dr. Riemer)

**(A)** Ich rufe auf: den Beratungsblock 4

Einzelplan 12: Finanzminister

Einzelplan 14: Allgemeine Finanzverwaltung

Ich verweise hierzu auf die Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 10/1432 und 10/1434.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung und erteile Herrn Abg. Riscop von der Fraktion der CDU das Wort.

(Elfring (CDU): Dann müßte aber mindestens der Finanzminister hier sein. - Hardt (CDU): Das interessiert doch alles nicht!)

Riscop (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Bei der zweiten Lesung des diesjährigen Haushaltes am 6. März dieses Jahres stellte ich fest, daß die beiden Einzelpläne 12 und 14 das gesamte finanzielle Elend dieses Landes widerspiegeln. Das hat sich auch für den Haushalt 1987 nicht verändert.

Die Zinszahlungen steigen weiter um 200 Millionen DM auf 6,2 Milliarden DM an. Die Schulden steigen weiter auf 96 Milliarden DM am Ende dieses Haushaltsjahres.

Mein Kollege Schauerte hat heute morgen schon gesagt, daß - nach der im vergangenen Monat stattgefundenen öffentlichen Anhörung zur Einrichtung von Schuldnerberatungsstellen hier im Landtag - eine Schuldnerberatungsstelle für die Landesregierung sich geradezu anbietet. Sie wäre voll ausgelastet.

Des weiteren schlagen wir vor, ein Ministerium für Zinsen und Kredite einzurichten. Es hätte die zweithöchste Summe des Haushalts zu bearbeiten - eine wirklich gute Sache! Wie sagte doch der amerikanische Schriftsteller George Mikes: "Je mehr Schulden man heutzutage hat, desto angesehenere ist man; denn Verschuldung bedeutet Kreditwürdigkeit, so daß man kurz vor der Pleite eigentlich das höchste Ansehen genießt." Vielleicht hat sich die SPD bei der Kürung von Herrn Rau von dieser Erkenntnis leiten lassen.

Aber auch einige erfreuliche Daten sind in den beiden Einzelplänen enthalten. Die Steuereinnahmen steigen um knapp 5 Milliarden DM oder 12 % gegenüber dem Ist-Ergebnis 1985 an. Wir haben die stärkste Preisstabilität seit 1953, die höchste reale Einkommenssteigerung der Arbeitnehmer seit 1971 und die niedrigsten Zinsen seit 1978. Das schlägt sich im Einzelplan 14 nieder, wo

die Zinsen mit 6,5 % Verzinsung ausgewiesen werden. Erreicht wurde dies dank der ausgezeichneten Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in Bonn.

Wir haben die niedrigste gesamtwirtschaftliche Steuerquote seit 1972. Wir holen nicht erst das Geld den Bürgern klammheimlich aus der Tasche, um es ihnen anschließend lautstark zurückzugeben.

Die miserable Finanzsituation des Landes ist auf die ungezügelte Ausgabenpolitik der Vorjahre unter der Verantwortung dieses Ministerpräsidenten zurückzuführen.

Für außerordentlich bedenklich halten wir das weitere Absinken der Investitionsausgaben. Von 11,4 Milliarden DM im Jahre 1980 auf 8,6 Milliarden DM im Jahre 1987 sinken die Mittel für Investitionen in diesem Lande - allein eine Kürzung um 200 Millionen DM von 1986 auf 1987. Die Investitionsquote sinkt im gleichen Zeitraum von 22,4 v. H. im Jahre 1980 auf 14,4 v. H. im Jahre 1987.

Dieser Entzug von Investitionskraft bedeutet - das kann man einer Aussage des Finanzministers Posser selbst entnehmen - die Aufstockung der sogenannten Investitionsquote des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1986 um 100 Millionen DM, welche er aus der im Aufschwung befindlichen Steuerkraft der Wirtschaft bezog, als er die Sicherung von 11 000 Arbeitsplätzen feierte. Wenn das zutrifft - und daran zweifeln wir nicht -, dann muß sich diese Regierung fragen lassen, wie viele Arbeitsplatzverluste durch den Entzug von über 2,2 Milliarden DM Investitionsmitteln gegenüber dem Jahre 1980 sie zu verantworten hat.

Eines steht fest: Das in unserem Lande arg mitgenommene Baugewerbe ist am stärksten betroffen, wenn die Gemeinden als die wichtigsten Investoren der öffentlichen Hand derart finanziell geschwächt werden, wie das 1987 mit dem Entzug weiterer 300 Millionen DM aus dem Aufkommen der Grunderwerbsteuer gemacht wird.

Mit großer Sorge haben die Bauwirtschaft, die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände zu Beginn dieses Jahres auf die Senkung im Bereich des Straßenbauprogrammes hingewiesen. Es sollte eine Demonstration stattfinden. Die Regierung hat dann ein Beruhigungsgespräch mit den Betroffenen geführt. Den Verbänden wurde versprochen, der Haushalt 1986 werde um 100 Millionen DM für diese Zwecke aufgestockt. Die Demonstration wurde abgesagt.

(Riscop (CDU))

- (A) Dann haben die Gewerkschaften und Unternehmer im Mai 1986 Herrn Posser angeschrieben und nachgefragt, wo denn nun die 100 Millionen DM geblieben wären und was damit im einzelnen gebaut würde. Minister Posser schreibt am dem 9. 6. an die Betroffenen:

Über die mit den genannten Landesmitteln zu finanzierenden Einzelmaßnahmen entscheiden die Kommunen eigenverantwortlich im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechtes. Es ist für das Land im einzelnen nicht feststellbar, für welche Maßnahmen die Mittel eingesetzt werden sollen, wann die jeweiligen Aufträge an die Wirtschaft erteilt oder zu welchem Zeitpunkt etwa die Mittel zur Begleichung der Unternehmerrechnungen tatsächlich eingesetzt wurden.

Das Versprechen konnte natürlich nicht eingelöst werden. Es ist eine Augenwischerei, wenn man dem Bauhauptgewerbe zum Trost verkündet, daß aus dieser Investitionspauschale Aufträge in wesentlichem Umfang fließen könnten; denn erstens ist das nicht eine zweckgebundene Pauschale, und zweitens kann damit der Entzug in Milliardenhöhe nicht ersetzt werden.

Lassen Sie mich anhand von zwei Beispielen die Investitionspraxis und auch die Konzeptionslosigkeit des Regierungshandelns erläutern.

- (B) Erstes Beispiel: Für 15 Millionen DM kaufte der Finanzminister das ehemalige Kreishaus des aufgelösten Landkreises Bonn - jetzt Rhein-Sieg-Kreis. Dieses Haus wurde zu dem Zweck erworben, das in gemieteten und mittlerweile viel zu engen Räumen untergebrachte Finanzamt Bonn-Außenstadt aufzunehmen. Dieses frühere Kreishaus - bis Juni 1986 voll genutzt - muß für die Zwecke des Finanzamtes umgebaut und renoviert werden. Die Kosten für diese Renovierung belaufen sich auf 3,124 Millionen DM. Im Haushaltsentwurf 1987 ist ein sogenannter Strichansatz - also nichts oder 0 DM - eingesetzt, obwohl durch den Umzug Mietkosten in Höhe von jährlich 800 000 DM entfallen! Es werden also weiterhin je Jahr 800 000 DM Miete gezahlt, weil 3 Millionen DM Investitionsmittel nicht vorhanden sind. Wir können das auch anders rechnen: Die fehlenden 3 Millionen DM Investitionsmittel werden jetzt jährlich mit über 25 % verzinst. Ein wahrhaftes Meisterwerk!

Zweites Beispiel: Das Amtsgericht Königswinter platzt aus allen Nähten. Die Grundbuchabteilung ist in einer alten städtischen Schule mietweise untergebracht und ausgelagert. Die Stadt will diese Schule aus städtebaulichen Gründen abreißen. Es

sollen dort eine Tiefgarage und ein Einkaufszentrum entstehen. Die Justiz hat ein neben dem Amtsgericht befindliches städtisches Grundstück erworben. Die auf diesem Grundstück stehenden Gebäude wurden beseitigt. Jetzt hoffte jeder, daß nunmehr mit dem Erweiterungsbau begonnen und die anderen Investitionen getätigt werden könnten. Aber weit gefehlt! Auf meine Anfrage teilte mir der Justizminister am 8. Dezember 1986 mit:

Im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage und die Vielzahl der zu finanzierenden Bauvorhaben ist nicht abzusehen, ob für das Haushaltsjahr 1988 eine Aufnahme in die Projektliste möglich sein wird.

Jetzt werden durch die geringen Investitionsmittel des Landes nicht nur Landesinvestitionen gestrichen, nein, auch die Investitionen Dritter werden behindert. Die Baukosten für dieses private Bauvorhaben, das durch das Land behindert wird, belaufen sich auf 12 Millionen DM. Ein weiteres Meisterwerk der Landespolitik!

(Beifall bei der CDU - Wendzinski (SPD): Gehen wir jetzt jede Gemeinde so durch?)

Wir haben in diesem Jahr darauf verzichtet, Anträge zu stellen - bis auf zwei Ausnahmen, aber auch diese wurden im Haushaltsausschuß abgelehnt. Im vergangenen Jahr hatten wir eine größere Anzahl von Änderungsanträgen gestellt und dabei entsprechende Deckungsvorschläge gemacht. Auch diese wurden nicht akzeptiert und damit abgetan, die vorgebrachten Deckungsvorschläge seien nicht seriös.

(Schleußer (SPD): Das waren sie ja auch nicht!)

- Die waren gut, Herr Schleußer, die waren bestens!

Ohne dem Abschluß des Haushalts vorgreifen zu wollen, können wir mit großer Genugtuung feststellen, daß alle unsere Vorschläge realistisch waren, sowohl von der Einnahmeseite wie auch von der Ausgabenseite her, so wie wir es vorgeschlagen haben.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Sehr solide!)

Auch die von uns für die beiden Positionen in diesem Jahr vorgebrachten Deckungsvorschläge sind nach unserer Meinung realistisch. Trotzdem haben Sie alles abgeschmettert.

(Riscop (CDU))

- (A) Bei der letzten Haushaltsberatung haben wir die zu geringe Quote der Beschäftigung von Schwerbehinderten kritisiert, im Einzelplan 14 etatisiert. Auch in diesem Haushalt müssen wieder 2 Millionen DM Strafgeelder bereitgestellt werden, um den Ausgleich für nicht durch Schwerbehinderte besetzte Plätze zu bezahlen.

Der Umgang dieser Regierung mit den Behinderten ist empörend. 44 % aller bundesweit registrierten arbeitslosen Schwerbehinderten entfallen auf Nordrhein-Westfalen. In seiner Regierungserklärung vom 4. Juni 1980 forderte Ministerpräsident Rau:

Ich rufe alle Arbeitgeber auf, ... die behinderten Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen. Da sollte sich niemand freikaufen können.

Tatsache ist: Seit 1982 geht der Anteil der Schwerbehinderten, die das Land Nordrhein-Westfalen beschäftigt, zurück. Waren 1982 noch mehr als 6 % der Beschäftigten des Landes schwerbehindert, so mußte die Regierung Rau bereits 1984 über 700 000 DM Strafe zahlen, weil sie die Beschäftigungsquote nicht mehr erfüllte. Für 1986 sind nach Auskunft des Finanzministers 2,5 Millionen DM, also das Dreifache, Strafe wegen mangelnder Beschäftigung Schwerbehinderter zu zahlen. Die Beschäftigung Schwerbehinderter ist also stark rückläufig, so daß sich die Strafgeelder drastisch erhöhten.

- (B) Wer Vorbild sein will, muß in diesem Bereich Taten nachweisen können.

Wir lehnen die Einzelpläne 12 und 14 ab, weil diese Landesregierung und die sie tragende Mehrheit bewiesen haben, daß sie nicht in der Lage sind, die Finanzen dieses Landes in Ordnung zu bringen. Wir haben auch in den kommenden Jahren dieser Wahlperiode keine nachhaltige Verbesserung zu erwarten.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu? Herr Abg. Schnoor möchte eine Zwischenfrage stellen.

(Riscop (CDU): Herr Abgeordneter, bitte sehr! - Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Dr. Schnoor (SPD): Herr Kollege, würden Sie mir darin zustimmen, daß es von Ihnen fair und korrekt gewesen wäre, wenn Sie zu Ihrem Beitrag über die Beträge für die Schwerbehinderten im Landeshaushalt auch vermerkt hätten, daß die Einstellungsquote im Lande Nordrhein-Westfalen immer noch deutlich über der Einstellungsquote in anderen

Ländern liegt, beispielsweise in Baden-Württemberg und Bayern, und daß die Schwierigkeiten des Landes, diese Quote einzuhalten, darauf zurückzuführen sind, daß im Bereich Polizei grundsätzlich keine Schwerbehinderten eingestellt werden können, jedenfalls nicht im Polizeivollzugsdienst, und daß im Bereich der Lehrer Einstellungen überhaupt nicht mehr stattfinden?

Riscop (CDU): Herr Kollege Schnoor, ich wäre Ihnen sehr dankbar gewesen, wenn Sie gesagt hätten, daß die Bundesrepublik ihr Schwerbehindertenvolumen weit übererfüllt hat. Die anderen Länder mögen es nicht erfüllt haben; das weiß ich nicht. Aber wenn Sie das alles hier anführen, hätten Sie auch sagen müssen, daß der Bund diese Quote voll erfüllt hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der SPD: Wieviele Lehrer beschäftigt der Bund denn?)

- Sie regen sich immer auf. Das lohnt sich doch heute abend gar nicht mehr.

(Zuruf von der SPD: Sie zählen die Bundeswehr nicht mit!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen. Friedrich der Große, dessen 200. Todestages wir in diesem Jahre gedachten, sagte:

Soll das Land glücklich sein, will der Fürst geachtet werden, so muß er unbedingt Ordnung in seinen Finanzen halten.

Nehmen Sie ein bißchen von ihm mit in das kommende Jahr! - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dorn das Wort.

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch bei der letzten Beratung der Einzelpläne des Finanzministers und der allgemeinen Finanzverwaltung im Ausschuß konnten wir wieder erleben, daß alle von uns gestellten Anträge von der SPD abgelehnt wurden. Nun, dieses Spiel kennen wir ja schon aus den Entscheidungen in allen Fachausschüssen. Doch wie rücksichtslos die SPD in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses ihre eigene Glaubwürdigkeit über Bord warf, das war selbst für einen seit Jahrzehnten Erfahrungen sammelnden Parlamentarier verblüffend.

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Da hatten wir Freien Demokraten vorgeschlagen, die globale Minderausgabe von ursprünglich 354,7 Millionen DM in der Regierungsvorlage um 245 Millionen DM, also um 63 %, zu erhöhen. Da erklärten die Sozialdemokraten schlicht und einfach, aber kategorisch, das sei unseriös, dummes Zeug, zeige nur, daß wir keine Ahnung hätten und daher unverantwortlich Vorschläge machten, die man nicht ernst nehmen könne. Nun erhöhen die gleichen Sozialdemokraten nach den beiden Ergänzungshaushalten den Betrag von 354,7 Millionen auf 754,7 Millionen DM.

(Schleußer (SPD): Das ist falsch, Herr Dorn!)

- Nein, das ist nicht falsch. Sie haben nur eine andere Bezeichnung gewählt, die in der Konsequenz dasselbe besagt. Das ist doch ein trickreiches Verfahren, das Sie ernsthaft nicht als seriös bezeichnen können!

(Zustimmung des Abg. Elfring (CDU)  
- Schleußer (SPD): Das ist ganz etwas anderes!)

- Kommen Sie, mit Formulierungen läßt sich trefflich streiten.

(Schleußer (SPD): Das ist richtig.)

- (B) Nur, wenn sie denselben Zweck erfüllen, den wir beantragt hatten - und das wollen Sie ja; das hat ja der Finanzminister im Haushalts- und Finanzausschuß ausführlich begründet, warum das so sein müsse -, dann können Sie hier nicht sagen, das sei falsch.

Wir wollten also eine Erhöhung der globalen Minderausgabe um 63 %. Sie schlagen jetzt eine Erhöhung um 113 % vor. Jetzt ist das sicher auch alles seriös, verantwortlich, ernst zu nehmen, und so entscheiden natürlich nur Leute, die Ahnung haben.

Der i-Punkt Ihrer Politik ist dann noch, daß die SPD-Regierung selbst in der mittelfristigen Finanzplanung die globale Minderausgabe für 1988 auf 828 Millionen DM hochschrauben will. Sie übertrifft selbst Sie als SPD-Fraktion noch bei weitem, und sie übertrifft die F.D.P.-Fraktion um mehr als das Doppelte von dem, was wir vorgesehen hatten.

(Schleußer (SPD): Warten Sie ab!)

Das ist jetzt natürlich alles völlig seriös, im Gegensatz zu unseren Vorstellungen. - Wissen Sie, so kann man doch nicht glaubhaft politisch argumentieren, wenn man noch ernst genommen werden will!

(Zustimmung bei der F.D.P. sowie des Abg. Elfring (CDU))

Meine Damen und Herren von der SPD, welch gravierender Glaubwürdigkeitsverlust, wenn man Ihre wortreichen Erklärungen - natürlich immer mit dem Unterton des Bedauerns, daß wir Freien Demokraten natürlich nicht ernst genommen werden könnten, weil wir ja keine Ahnung hätten - den Taten gegenüberstellt, die Sie vollbringen, die im krassen Widerspruch zu Ihren Worten stehen.

Lassen Sie mich ein zweites Beispiel dafür vortragen, wie Sie von Sitzung zu Sitzung immer mehr ein Stück Ihrer Glaubwürdigkeit verspielen. Dazu erbitte ich die Genehmigung des Präsidenten, ausnahmsweise mich einmal selbst zitieren zu dürfen.

(Oh! bei der SPD - Trinius (SPD): Wenn Sie damit einverstanden sind, Herr Dorn! - Elfring (CDU): Aber richtig!)

Meine Damen und Herren, in der Landtagssitzung vom 13. März dieses Jahres habe ich unter anderem ausgeführt:

In der vorletzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses beantragte die SPD-Fraktion plötzlich einen Betrag von 3,6 Millionen DM als einmalige Zuweisung an den Kommunalverband Ruhrgebiet für dessen Öffentlichkeitsarbeit. In der Begründung schrieb die SPD: erstmaliger Ansatz für einmalige Zuweisung. Die Diskussion über die Formulierung dieser beiden Worte zeigte uns, wie schwer manchmal der Umgang mit den Worten unserer Sprache ist. Wir wissen bis heute noch nicht, Herr Professor Farthmann, ob es sich um einen einmaligen Zuschuß handeln soll, egal, ob er nun erstmalig ist oder nicht.

Und dann steht im Protokoll ein Zuruf des Kollegen Schmidt von der SPD vermerkt:

Einmalig, davon gehen wir aus!

Ein stolzes Wort! Das ist meine persönliche Bemerkung dazu. - Dann fuhr ich in meiner Rede fort:

- Sie gehen von "einmalig" aus, Herr Schmidt. Ich bedanke mich für diese Klarstellung.

Aus Fernsehberichten konnten wir entnehmen, daß der Kommunalverband Ruhrgebiet eine Millionenpleite mit seiner Zeitschrift "Ortszeit Ruhr" verursacht hat. Wenn es darum geht, mit einer einmaligen Finanzspritze dem Verein "Pro Ruhrgebiet", in dem auch Minister der Landesregierung sitzen, aus der selbst verur-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) sachten finanziellen Schiefelage zu helfen, könnte man über diese Summe reden. Ich habe das im Ausschuß selber vorgetragen. Wenn daraus aber eine Dauersubvention für die Öffentlichkeitsarbeit des Kommunalverbandes Ruhrgebiet werden soll, müssen die Sozialdemokraten sich fragen lassen, wieso andere Regionen unseres Landes dann bewußt benachteiligt werden. Das, was ich gemäß meinem Redeentwurf daran anknüpfen wollte, kann ich mir jetzt ersparen, nachdem Sie es in der Weise klargestellt haben, daß es sich wirklich um einen einmaligen Zuschuß handelt.

So weit das Zitat meiner Rede vom März dieses Jahres.

Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, wenn ich gewußt hätte, daß diese Klarstellung, diese Zusage, eine Zusage in den leeren Raum war und für nichts Gültigkeit hatte, sondern daß Sie in diesem Jahr im gleichen Verfahren, ohne daß die Landesregierung einen solchen Betrag vorgesehen hatte, in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses wiederum mit einem Antrag kommen, dem Kommunalverband Ruhrgebiet 2 Millionen DM zu geben, und dann auch noch in der Begründung dazu sagen: "Haushaltsvermerk: unverändert" - erstmalig, einmalig, unverändert! Meine Damen und Herren, da dürfen Sie sich nicht wundern, daß man Ihre Zusagen in diesem Hause nicht mehr glauben und sie nicht mehr für voll nehmen kann.

(B)

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Sie führen sich doch selbst ad absurdum mit solchen Behauptungen, die Sie hier aufstellen, und mit solchen Zusagen, die Sie dem Parlament geben, wenn Sie sie Jahr für Jahr selbst wieder so zurücknehmen, als ob Sie sie nie gegeben hätten.

Ich sage Ihnen eines sehr deutlich voraus: Diese Auseinandersetzung um die Bezuschussung für die Öffentlichkeitsarbeit einer Region in diesem Lande - zum Nachteil aller anderen Regionen - und die Nichteinhaltung Ihrer Zusage wird politische Auseinandersetzungen im nächsten Jahr in dieses Haus bringen, mit denen wir Sie dann konfrontieren werden, wenn wir wissen, wie Sie diese zusätzlichen Gelder wieder im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit des Kommunalverbandes Ruhrgebiet verfrühstücken.

Ich sage sehr eindeutig, auch wenn der Präsident des Landesrechnungshofes hier nicht mehr anwesend ist: Wir werden verlangen, daß der Landesrechnungshof jetzt den gesamten Vorgang zu überprüfen hat.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Es ist zu klären, ob wir dann noch dazu stehen können, daß wir dem einmaligen Zuschuß im vergangenen Jahr unter diesen Voraussetzungen unsere Zustimmung gegeben haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile nunmehr Herrn Abg. Harms von der Fraktion der SPD das Wort.

Harms (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem heute morgen beim Einzelplan 02 eine breite Grundsatzdiskussion schon stattgefunden hat, möchte ich mich auf ganz wenige, und zwar unspektakuläre Fragestellungen beschränken:

Das Schwergewicht der Ausgaben im Einzelplan 12 liegt bei den Personalaufwendungen. Wir haben es hier mit dem drittgrößten personalintensiven Bereich zu tun, dem der Finanzverwaltung, dem fast jeder zehnte Bedienstete des Landes angehört. In der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" wurde dieser Personalhaushalt mit kritischer Sonde geprüft, und es wurde hier bereits deutlich gemacht, wie diese Stellen beurteilt wurden.

Mit großer Befriedigung kann ich feststellen, daß gerade die Finanzverwaltung ihrer Vorbildfunktion innerhalb der Landesverwaltung gerecht geworden ist. Sämtliche kw-Vermerke aus vergangenen Jahren sind entweder schon erfüllt oder werden noch im Laufe des Jahres 1987 erfüllt.

In den zuständigen Ausschüssen hat uns der Finanzminister eine mittelfristige Personalbedarfsberechnung der Steuerverwaltung zugeleitet, die uns einen ausgezeichneten Überblick über die gegenwärtige und die künftige Arbeits- und Personallage der Finanzverwaltung ermöglicht hat. Diese in dreijährigem Abstand vorgenommene Bedarfsberechnung des Finanzministers ersetzt zwar nicht die notwendige Aufgabenkritik, die wegen der Aufgabenkompetenz in diesem Bereich dem Bund zukommt, aber sie läßt deutlich werden, wie kritisch dieser Bereich von der Finanzverwaltung gesehen wird; auch der Landesrechnungshof kommt nicht umhin, dieses Verfahren als beispielhaft anzusehen.

Zusammenfassend kann hierzu festgestellt werden, daß sich mittelfristig nichts an dem Ungleichgewicht zwischen Fallzahlen und Personalentwicklung ändern wird und daß sich auch hier zwangsläufig eine Scheren-Entwicklung ergibt, der man entweder durch Maßnahmen im gesetzgeberischen Bereich oder aber durch Personalverstärkung begegnen muß.

(Harms (SPD))

- (A) Wenn hier der gesetzgeberische und der steuerliche Bereich angesprochen werden, so wissen Sie alle, daß eine Steuervereinfachung nicht leicht möglich sein wird. Wenn nämlich Steuervereinfachungen angekündigt werden, wird es mit Sicherheit ein großes Aufschreien geben, und alle, die von den Änderungen nicht profitieren, werden ihre Truppen dagegen mobilisieren.

Außerdem ist eine zusätzliche Personalausweitung nicht ohne weiteres möglich, soll unser Ziel einer mittelfristigen Konsolidierung nicht gefährdet werden.

(Dautzenberg (CDU): Wann kommt die entsprechende Untersuchung?)

Vor diesem Hintergrund bin ich dem Finanzminister dafür dankbar, daß er der explosionsartig ausgeweiteten Fallzahlentwicklung und der daraus erwachsenden Mehrbelastung des Innendienstes durch eine moderate Anpassung der Zahl der Betriebsprüfer Rechnung getragen hat.

(Weiterer Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Gleichwohl will ich nicht verhehlen, daß mir eine solche Maßnahme im Hinblick auf das Gebot der Steuergerechtigkeit erhebliche Bauchschmerzen verursacht. Allerdings kann ich auch nicht dem Vorwurf der Steuerwerkschaft folgen, daß sich hier etwa ein Zwei-Klassen-Steuerrecht entwickle. Ich gehe aber davon aus, daß mit den Einstellungen bei den Anwärtern des gehobenen Dienstes im Jahre 1984 über den Ersatzbedarf hinaus und 1987 bei der Umwandlung der Angestelltenstellen dem Finanzminister ermöglicht wird, für einen kräftigen Personalschub bei der Betriebsprüfung zu sorgen.

(B)

Einen weiteren Beitrag glauben wir durch die Einstellungsermächtigung im mittleren Dienst zu leisten; hier haben wir die Zahl der Stellen um 100 auf 172 erhöht. Damit haben wir den Bedürfnissen aufgrund von Beurlaubungsanträgen nach § 85 a des Landesbeamtengesetzes entsprochen.

Mit ihrer zweiten Ergänzungsvorlage hat die Landesregierung die Konsequenzen aus der geänderten Funktionsgruppenverordnung gezogen. Ferner wurden die Besoldungsgruppe A 13 für Steuerfahnder geöffnet und durch Einrichtung eines Sonderschlüssels für Sachgebietsleiter in der Betriebsprüfung entsprechende Beförderungsverbesserungen geschaffen. Diese Stellenplanverbesserungen fanden im übrigen ebenso wie die gerade angeführte Anhebung der Einstellungser-

mächtigung für Steueranwärter die Unterstützung aller Fraktionen. - Darüber hinaus hat es im Einzelplan 12 keine Korrekturen zum Personalhaushalt gegeben.

Einem Antrag der F.D.P.-Fraktion, bei den Bezügen der Beamten und Angestellten des Ministeriums 160 000 DM von einem Gesamtansatz von rund 28 Millionen DM abzusetzen, konnte die SPD-Fraktion schon aus haushaltssystematischen Gründen nicht folgen. Mit diesem Antrag war nämlich bei der F.D.P. kein Wunsch auf korrespondierende Stellenkürzungen verbunden. Daher ist es mir unerfindlich, welcher mathematische Lehrsatz die F.D.P. bewegen hat, diesen Ansatz um exakt 0,57 % zu reduzieren. Sind Sie sich eigentlich darüber im klaren, Herr Dorn, daß mit einem solchen Antrag ohne gleichzeitige Stellenabsetzung entweder unterstellt wird, daß der Ansatz entsprechend zu hoch ausgewiesen wurde, oder, daß die Tarifergebnisse für den öffentlichen Dienst entsprechend niedriger ausfallen?

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir von der SPD haben diesen Antrag so verstanden, wie er offensichtlich gemeint war, nämlich als eine stückweise herausgegriffene Teildeckung für die im Entschuldungsgesetz vorgesehene Rückführungsrate der Nettokreditermächtigung.

Dieser Eindruck, daß den Kürzungsanträgen der F.D.P. weniger eine titelscharfe Ansatzüberprüfung voranging, sondern sie allein unter deckungspolitischen Gesichtspunkten gestellt wurden, findet auch bei den Änderungsanträgen der F.D.P. zu den Sachausgaben in Einzelplan 12 seine Bestätigung.

Hier möchte ich nur noch einmal in Erinnerung rufen, was da gekürzt werden soll: Grundstücksbewirtschaftung, Reisekosten usw. - Wer dies alles nimmt und meint, das sei seriös, der verläßt sich für meine Begriffe auf ein Lottospiel; denn ich kann beispielsweise die Energiepreissenkung des vergangenen Jahres nicht zum Maßstab meiner Rechnung für das nächste Jahr machen. Und ich kann auch nicht die Reisekosten weiter kürzen, wenn ich beispielsweise in dem Bereich weit über 275 Anwärter einstelle, die zum ersten Mal reisekostenberechtigt werden.

Zum Einzelplan 14 möchte ich mich auf wenige Bemerkungen beschränken. Der Haushaltsentwurf, den der Landtag in dieser Woche in den Fachausschüssen und im Plenum in zweiter Lesung beraten hat, ist ein Dokument von Augenmaß und Realitätssinn. Behutsame und

(Harms (SPD))

- (A) schrittweise Fortführung des als richtig erkannten Konsolidierungskurses sowie moderate Akzentverschiebungen durch unsere Änderungsbeschlüsse sind hierzu die Stichworte. Hart am Wind bleibend haben wir diesen Sparkurs während der gesamten Beratungen durchgehalten. Ausgabendisziplin war daher bei den Beratungen für das Haushaltsjahr 1987 unsere oberste Richtschnur.

Wie Sie der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, aber auch den Vorlagen der Fachausschüsse entnehmen können, haben wir unbeirrt an diesem Ziel festgehalten und keine Haushaltsausweitung zugelassen, um an der Schraube der Kreditaufnahme nicht weiter drehen zu müssen. Für uns war von vornherein klar, daß Veränderungen in einzelnen Haushaltspositionen nur bei ausreichender und seriöser Deckung in anderen Bereichen in Betracht kommen konnten. Hierzu sei auch an das nette Zwischenstück in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses in der vergangenen Woche erinnert.

Wir haben daher bei allen Änderungsbeschlüssen Farbe bekannt und deutlich gemacht, woher die Finanzmittel kommen sollen - und dies schon vor der eigentlichen Abstimmung.

Alles in allem gerechnet, haben wir bei den Haushaltsberatungen - läßt man jetzt einmal den Austausch der Befrachtung im Kfz-Steuerverbund außer Betracht - ein Umschichtungsvolumen von nur 26 Millionen DM bewegt. Das sind 4 Promille des gesamten Haushaltsvolumens. Mit diesem haushaltswirtschaftlich vorsichtige Kurs sind wir in der Konsolidierung seit 1981 ein gutes Stück weiter vorangekommen.

(B)

Meine Damen und Herren, die Gesamtausgaben des Landes sind im Jahre 1985, bezogen auf 1981, nur um 6,5 % gestiegen. Man muß feststellen, daß dies die geringste Steigerungsrate aller Flächenländer ist. Dagegen hat der Bund - das nur einmal als Vergleich - im gleichen Zeitraum seine Ausgaben um 9,4 % gesteigert und Nordrhein-Westfalen damit um ein Drittel übertroffen. Wären die Ausgaben des Landes beispielsweise mit dem nominalen Bruttosozialprodukt gestiegen, hätten wir heute ein Haushaltsvolumen von 70 Milliarden DM. Sie sehen, daß dies weit über zehn Milliarden DM mehr sind, als der derzeitige Entwurf vorsieht.

Ähnlich sieht die Entwicklungslinie bei der Zurückführung der Nettokreditaufnahme aus. Während Nordrhein-Westfalen seine Nettokreditaufnahme seit 1981 von 10,1 auf 5,6 Milliarden DM im Jahre 1987, also um mehr

als 45 % gesenkt hat, kommt beim Bund nur der Wert von 40 % heraus. Hinzu kommt, daß dabei noch nicht die Bundesbankgewinne berücksichtigt sind. Die Rückführungsquote bei der Nettokreditverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt 20 % beim Bund sind es 5,9 %. Auch hieran können Sie sehen, daß wir in Nordrhein-Westfalen auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung ein gutes Stück vorangekommen sind.

Wir sind bereit, dem Finanzminister hierfür die erforderliche Unterstützung zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen zu den Einzelplänen 12 und 14 liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Meine Damen und Herren, wir haben das Abstimmungssignal so rechtzeitig gegeben, weil wir von den Fraktionen darum gebeten worden sind, damit auch die sich entfernter aufhaltenden Abgeordneten rechtzeitig die Abstimmung erreichen. Es war also keineswegs etwa der Hintergedanke des Präsidenten, der F.D.P. für das Entschuldungsgesetz ein volles Haus zu verschaffen.

(Heiterkeit)

Ich rufe auf:

Beratungsblock 5

Entschuldungsgesetz

Gesetzentwurf der Fraktion der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 10/1302

Ich eröffne die Beratung. Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dorn von der Fraktion der F.D.P.

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Gesetzentwurf zum Abbau der Neuverschuldung für das Land Nordrhein-Westfalen hat nicht nur in der ersten Lesung in diesem Hause lebhafteste Diskussionen ausgelöst.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner.

Dorn (F.D.P.): Auch in den weiteren Beratungen hat der Gesetzentwurf lebhafteste Diskussionen ausgelöst. Die Landesregierung hat in der Plenarsitzung am 18. September 1986 eine